

674/AE XXI.GP

Eingelangt am: 22.05.2002

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Dieter Antoni
und Genossinnen
betreffend Gewalt in der Schule

Jüngst veröffentlichte Statistiken und Studien belegen die wachsende Gewaltbereitschaft der Jugendlichen, insbesondere in der Schule. So brachte eine breit angelegte Untersuchung bei der 10.000 Schülerinnen und 500 Lehrerinnen befragt wurden, folgendes Ergebnis: 26 % der Kinder und Jugendlichen wurden bereits in der Schule oder auf dem Weg dorthin von Mitschülerinnen tätlich angegriffen, bedroht oder beraubt. Knapp 10 % der Lehrerinnen wurden von Schülerinnen attackiert und jede(r) achte Schüler(in) nimmt Waffen mit in die Schule. Eine Studie, bei rund 1.500 Wiener Volks-, Haupt- und AHS-SchülerInnen durchgeführt, untermauert den „Aggressions-Trend“. Etwa ein Viertel der Burschen und Mädchen wird Opfer von Übergriffen durch Mitschülerinnen. Jede(r) zehnte Schüler(in) wurde bereits Opfer massiver körperlicher Attacken. Eine Analyse des Instituts für Soziologie der Johannes Kepler Universität Linz sagt aus, daß sich bereits 75 % der Pädagoginnen mit „aggressiven und gewalttätigen Kindern konfrontiert sehen“. Eine Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts ‚market‘ besagt: Bei einer Umfrage unter 500 für die Gesamtbevölkerung repräsentativ ausgewählten Personen erklärten 75 %, daß Gewalt in der Schule ein Problem darstelle, für mehr als die Hälfte davon ist dies ein sehr großes Problem.

Durch die Kürzungspolitik der Bundesregierung im Bildungsbereich gibt es derzeit zu wenig Lehrerinnen und diese haben viel zu wenig Zeit, um sich mit der Gewaltprävention, Gewalterkennung und Konfliktbewältigung in der Schule auseinander zu setzen. Durch die Änderung in der Abgeltung für die Klassenvorstandsstunde haben auch die Klassenvorstände zu wenig Zeit, sich ihrer Klasse, den Schülerinnen und ihren individuellen Bedürfnissen zu widmen. Die an einzelnen Schulen erprobten Konfliktlösungsmodelle mit Mediatorinnen, Psychologinnen und PsychagogInnen sind unzureichend, weil das Geld für entsprechende Experten fehlt. Darüber hinaus sind an vielen Schulen die Anzahl der Schülerinnen pro Klasse viel zu hoch. Angst und Druck erzeugen Streß bei Schülerinnen und Lehrerinnen und das führt zu erhöhter Gewaltbereitschaft.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen nachfolgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen und die finanziellen Mittel bereitzustellen, daß flächendeckend in ganz Österreich in den Schulen Konfliktlösungsmodelle mit Mediatorinnen, Psychologinnen und PsychagogInnen eingerichtet werden, die Klassenvorstände eine zusätzliche Stunde, für die Problemerkennung und -bewältigung erhalten und die psychologische Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen verstärkt und ausgeweitet wird.

Zuweisungsvorschlag: _____ **Unterrichtsausschuß**